

# Strategien für den Kampf gegen Armut

## 4. Bremer Armutskonferenz wirft einen Blick in die Quartiere und erörtert Perspektiven

Der Blick in die Quartiere war der Schwerpunkt der 4. Bremer Armutskonferenz am 5. Februar 2020. „Bremen als Stadt und als Land stellt neben dem Ruhrgebiet eine der von Armut am stärksten geprägten Regionen Deutschlands dar“, sagt Inge Danielzick, Sprecherin der Bremer Armutskonferenz und Moderatorin der Konferenz.

„Trotz aller Anstrengungen des Senats und teilweise positiver Tendenzen in einigen Teilen Bremens hat sich in der Summe aller Ortsteile die soziale Spaltung in Bremen seit 2010 weiter verschärft. Wir sehen eine zunehmende Polarisierung zwischen dem Bremen Norden und Westen einerseits und dem Bremer Süden und Osten andererseits“, sagt René Böhme, Institut für Arbeit und Wirtschaft, Universität Bremen in seinem Eingangsreferat.

So beziehen in Borgfeld lediglich 1,0 Prozent der Unter-15-Jährigen SGB II-Leistungen, in Grohn sind es 58,5 Prozent. In Horn liegt das steuerpflichtige Jahreseinkommen bei 144.903 Euro, in Gröpelingen bei 17.611 Euro.

„Besonders besorgniserregend empfinden wir die Entwicklung der Kennzahlen im Bereich Kinderarmut und



Blick in die Quartiere: René Böhme (2.v.l.) und Quartiermanager/in Aykut Tasan und Heike Binne informieren. 1.v.l. Moderatorin Inge Danielzick. (Foto: AWO Bremen)

Bildung“, sagt Böhme. „In einzelnen Kitas und Schulen konzentrieren sich Armut, Sprachprobleme, Erkrankungen und Verhaltensauffälligkeiten in so geballter Form, dass dort dringend mehr Unterstützung erforderlich ist“, so Böhme.

Nach ersten Vorträgen ging es in die Quartiere: Insgesamt standen 17 Quar-

tiersrundgänge und workshops von Blumenthal bis nach Tenever, von Kattenturm bis in die Überseestadt zur Auswahl. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten sich vor Ort über die soziale Lage informieren und Veränderungsbedarfe diskutieren.

An Nachmittag forderte der Koblenzer Sozialwissenschaftler Stefan Sell insbesondere Änderungen auf Bundesebene wie eine Kindergrundsicherung, eine regelgebundene anteilige Bundesfinanzierung der Kita-Betreuung und eine armutsfeste Mindestsicherung im Alter. In einer abschließenden Talk-Runde wurden Strategien für eine koordinierte Politik zur Armutsprävention und Armutsreduzierung diskutiert. Eine solche Koordinierung war bereits eine der zentralen Forderungen der 1. Bremer Armutskonferenz im Jahr 2013. Mit über 200 TeilnehmerInnen war die Konferenz, die von einem breiten Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, DGB und Arbeitnehmerkammer getragen wird, wieder ausgebucht.



Von Blumenthal bis nach Tenever, von Kattenturm bis in die Überseestadt: Vom Konsul Hackfeld Haus ging die Reise in jeweils eins von 17 Quartieren (Foto AWO Bremen)

## Bündnis Kinderschutz fordert Absicherung der Beratungsangebote

Eine Absicherung der Beratungsangebote im Kinderschutz fordert das Bremer Bündnis Kinderschutz. Ein Rechtsanspruch auf Beratung soll mit dem neuen SGB VIII möglich werden, ein entsprechender Gesetzentwurf wird im Frühjahr vorgelegt. „Bremen muss sich im Bundesrat für dieses Gesetz stark machen“, sagt Heike Ohlebusch, Geschäftsführerin des Mädchenhauses. Der Verein hat gemeinsam mit dem Jungenbüro, der Beratungsstelle Schattenriss und dem Kinderschutzbund Forderungen formuliert und mit den jugendpolitischen Sprecherinnen der Regierungskoalition von SPD, Grüne und Linken diskutiert. „Wir brauchen zukünftig eine gesicherte und planbare Finanzierung. Deshalb setzen wir große Hoffnungen in das neue Gesetz“, sagt Ohlebusch.

Nach der bisherigen Rechtslage haben Kinder und Jugendliche einen Anspruch auf Beratung ohne Kenntnis des Personensorgeberechtigten, wenn die Beratung auf Grund einer Not- und Konfliktlage erforderlich ist und solange durch die Mitteilung an den Perso-

nensorgeberechtigten der Beratungszweck vereitelt würde. Die Sicherung von Schutz und Hilfe mit einem Rechtsanspruch auf Beratung auch ohne Not- und Konfliktlage nach dem SGB VIII zu verwirklichen, ist ein wichtiger Schritt für die Sicherstellung von Schutz und Hilfe.

Es ist allgemein bekannt, dass es bei sexualisierter, körperlicher und seelischer Gewalt eine sehr große Dunkelziffer gibt. Auch für Bremen gehen die Beratungsstellen davon aus, dass sehr viele Mädchen und Jungen, die Gewalt erleben, keine ausreichende Hilfe bekommen. „Genauso wie es mehr Kita-Plätze braucht und zusätzliche Schulen, braucht es im Kinderschutz zusätzliche Kapazitäten. Je besser die Zugangswege sind, desto besser können die Beratungsstellen unterstützen. Daher fordern wir einen Ausbau der Beratungsangebote. Insbesondere mit Blick auf „abgehängte“ Stadtteile wie im Bremer Süden oder in Bremen-Nord sehen wir einen dringenden Handlungsbedarf und die Notwendigkeit von Beratungsangeboten vor Ort“, so Ohlebusch.

Die Situation könnte sich verbessern, wenn es in Bremen eine staatliche Stelle gäbe, die sich um das Thema Kindeswohl und Kinderschutz kümmert, eine Kinder- und Jugendrechtsbeauftragte. Dies fordern Kinderschutz-Einrichtungen schon seit langem.

Das Mädchenhaus Bremen berät Mädchen und jungen Frauen von 12 bis 23 Jahren mit allen Themen, mit denen sie kommen. Das Bremer Jungenbüro berät Jungen und junge Männer von 7 bis 27 Jahren, die sexualisierte, körperliche oder seelische Gewalt erleben oder erlebt haben. Die Beratungsstelle Schattenriss berät Mädchen ab 6 Jahren und (junge) Frauen, die in der Kindheit und Jugend sexualisierte Gewalt erleben oder erlebt haben. Das Kinderschutz-Zentrum Bremen (Träger Kinderschutzbund) berät Kinder und Familien ab Geburt in Fragen von sexueller, körperlicher und seelischer Gewalt oder Vernachlässigung.

Alle vier Stellen beraten auch Fachkräfte und Angehörige.

## Platz der Kinderrechte im Bürgerpark eingeweiht

Bremen hat einen neuen Platz der Kinderrechte. Auf dem Spielplatz im Bürgerpark zwischen Hollerallee und Marcusbrunnen weihte Bremens Sozialsenatorin Anja Stahmann ein fünf Meter hohes Spielgerät in Form eines Leuchtturmes ein. Viele anwesende Kinder bespielten im Anschluss das neue attraktive Klettergerüst. Der Tag für die Einweihung am 20.11.2019 war bewusst gewählt. Vor 30 Jahren verabschiedeten die Vereinten Nationen die Übereinkunft über die Rechte des Kindes („Kinderrechtskonvention“). Die Konvention formuliert in 54 Artikeln unter anderem das Recht auf Schutz vor Gewalt, auf Bildung, Beteiligung und Gleichbehandlung sowie das Recht auf Freizeit, Spiel und Erholung. Seit 2003 genießen auch Kinder besonderen Schutz in der Bremer Landesverfassung. Der Platz der Kinderrechte ist ein wichtiger Schritt, für das Thema zu sensibilisieren.

Anja Stahmann weihte zugleich eine Tafel ein, auf der die Kinderrechte erläutert werden.

Die Anregung für den Platz ging vom Kinderschutzbund Bremen aus, er wurde auf einstimmigen Beschluss der Bremischen Bürgerschaft eingerichtet und vom Bürgerparkverein sowie zahlreichen Unterstützerinnen und Unterstützern gefördert. „Wir setzen ein deutliches Signal, damit die Kinderrechte in der ganzen Stadt sichtbar werden“, sagt Carsten Schlepper, Vorsitzender des Kinderschutzbundes. „Denn viel zu wenige Kinder, Jugendliche und Erwachsene kennen die Kinderrechte und viel zu häufig werden diese Rechte verletzt.“

In Deutschland gibt es mittlerweile elf Plätze der Kinderrechte. Um in der gesamten Stadt auf die Kinderrechte aufmerksam



Sozialsenatorin Anja Stahmann weiht in Anwesenheit vieler Kinder den Platz der Kinderrechte ein

zu machen, sollen ab 2020 in vielen Stadtteilen von Kindern und lokalen Künstlern erstellte Skulpturen aufgestellt werden.

Engagement für krebskranke Kinder

## Marie Rösler erhält Bundesverdienstkreuz

Für ihr langjähriges Engagement für an Krebs erkrankte Menschen und deren Angehörige hat Bürgermeister Bovenschulte in Vertretung des Bundespräsidenten Marie Rösler das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Marie Rösler engagiert sich seit über drei Jahrzehnten in der Krebsberatung. Seit 1988 ist sie für die Bremer Krebsgesellschaft tätig und leitet die drei Beratungsstellen. „Am Wichtigsten war und ist mir eine gute Beratung und Unterstützung der Betroffenen und ihrer Angehörigen, denn die Diagnose Krebs bedeutet für jeden Menschen individuelle Ängste und seelische Belastungen“, so Rösler. Umso wichtiger sind sachliche medizinische Informationen, Fragen zu Chemotherapie, aber auch zu Berufstätigkeit oder Frührente. Und die psychosoziale Beratung: „Den Betroffenen Mut machen, Lösungen für eine

vielleicht schwierige Familiensituation zu finden und die nächsten Schritte gehen“, sagt Marie Rösler.

Eine Vielzahl von Aktivitäten hat sie in diesen Jahrzehnten initiiert. Sie organisierte den Bremer Krebskongress, der seit 1989 alle zwei Jahre stattfindet und seit 1995 den Bremer Krebspatientenkongress. Sie wirkte mit am Aufbau eines klinischen Krebsregisters.

Ihr Engagement sorgt seit vielen Jahren dafür, dass Spenden zugunsten krebskranker Menschen gesammelt werden. Der von ihr und ihrem ehrenamtlichen Team organisierte Solidaritätslauf „Auf zur Venus“ findet in diesem Jahr bereits zum 20. Mal statt. Mit den erlaufenen „Spendenkilometern“ werden Bewegungsangebote und Krebsportgruppen in Vereinen finanziell unterstützt.

Die Krebsberatung wurde bislang immer durch Spenden finanziert, Spen-



Bürgermeister Andreas Bovenschulte überreicht Marie Rösler das Bundesverdienstkreuz

denakquisition eine oft mühevolle und zusätzliche Arbeit. „Wir hoffen, dass es mit der Novellierung des SGB V, der gesetzlichen Krankenversicherung, zu einer Regelfinanzierung der ambulanten Krebsberatungsstellen kommt, so wie es im Gesetzesentwurf vorgesehen ist“, sagt Rösler.

## Sozialwirtschaft in Bremen wächst

Arbeitnehmerkammer stellt Branchenanalyse vor

Sie pflegen alte und kranke Menschen in Pflegeheimen und Krankenhäusern. Sie betreuen Kinder und Jugendliche in Krippen, Kitas, Horten und Jugendeinrichtungen. Sie unterstützen Menschen mit Behinderungen und beraten arbeitslose oder verschuldete Menschen. Mindestens jeder achte Arbeitnehmer im Land Bremen arbeitet im sozialen Bereich – das sind mehr als 41.000 Beschäftigte und mehr als je zuvor.

Wie groß die wirtschaftspolitische Bedeutung der Branche insbesondere für das Land Bremen ist, zeigt eine Studie des Bremer Instituts für Arbeit und Wirtschaft (iaw), die die Arbeitnehmerkammer im Jahr 2018 in Auftrag gab und deren Ergebnisse am 14. Januar 2020 auf einer Veranstaltung vorgestellt wurden. „Die Sozialwirtschaft erwirtschaftet durchschnittlich jedes Jahr zwischen 2,3 und 2,7 Milliarden Euro, etwa 7,8 bis 9,1 Prozent des Bremer Bruttoinlandsprodukts“, sagt René

Böhme, Autor der Studie. Und: „In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Beschäftigten um 25 Prozent gestiegen. Im Jahr 2008 arbeiteten gerade mal etwas mehr als 32.000 Menschen in sozialen Berufen“, so Böhme.

Drei von vier Beschäftigten in der Sozialwirtschaft sind weiblich. Mehr als 54 Prozent arbeiten in Teilzeit – fast doppelt so viele wie in allen anderen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen im Land Bremen zusammen. Und zwar für verhältnismäßig wenig Lohn. Laut Studie sind die Bruttolöhne im Bereich Gesundheits- und Sozialwesen in den vergangenen drei Jahren überdurchschnittlich stark gestiegen, dennoch liegen sie in Bremen tendenziell weiterhin leicht unter dem Mittelwert.

Entwicklungstrends lassen sich heute schon ablesen: Der Kitausbau erfordert weiterhin einen Zuwachs an Fachkräften, auch in der Pflege werden Fachkräfte gebraucht. Gesetzliche Änderungen

wie das Bundesteilhabegesetz stellen neue Anforderungen. Der Fachkräftemangel sei derzeit und auch noch in Zukunft die größte Wachstumsbremse, so die einhellige Meinung der Fachleute in der anschließenden Talk-Runde. „Wir müssen die Arbeitsbedingungen und die Lohnsituation in der Pflege und in der Erziehung von Kindern verbessern“, so Wolfgang Luz, Vorstand des Paritätischen Bremen. Als Beispiel nannte er Tarifvereinbarungen, wie sie die Tarifgemeinschaft Pflege mit ver.di unlängst abgeschlossen hat. „Aber um bessere Löhne zahlen zu können, müssen auch die Entgelte kostendeckend sein und Tarifverträge allgemeinverbindlich werden“, sagt Luz. Dann bestehe die Chance, dass man auch mehr junge Menschen für diese sinnstiftenden Berufe gewinnen könne.

Die Broschüre: „Die Sozialwirtschaft wächst und wächst“ steht unter [www.arbeitnehmerkammer.de/downloads](http://www.arbeitnehmerkammer.de/downloads) zur Verfügung.

# Analoge und digitale Unterstützung für ältere Menschen

## 10 Jahre ambulante Versorgungsbrücken in Bremen

Gestartet als „Ambulante Versorgungslücken e.V.“ mit dem Ziel, älteren Menschen nach einem Krankenhausaufenthalt ambulante Nachsorge und Unterstützung zu ermöglichen, bietet der hauptsächlich aus Ehrenamtlichen bestehende Verein ein breites Unterstützungs- und Beratungsangebot für ältere Menschen und ihre Angehörigen, insbesondere in Gesundheitsfragen.

Als größter Erfolg des Vereines kann der gesetzliche Anspruch auf ambulante Nachsorge und Kurzzeitpflege seit dem 01.01.2016 gelten. – eine Gesetzesänderung, an der der Verein und seine engagierte Geschäftsführerin Elsbeth Rütten nicht ganz unschuldig waren: Bereits 2009 reichten sie dazu eine öffentliche Petition mit 25.000 Unterschriften beim Deutschen Bundestag ein – die dann den Gesetzgebungsprozess prägte.

Vorreiter ist der Verein auch im Bereich Digitalisierung: Bereits seit 2014/15 bieten die Ambulanten Versorgungsbrücken e.V. Tablet- und Smartphone-Schulungen für Senioren an. „Der Ansturm war gewaltig“, berichtete Elsbeth Rütten, 150 Anmeldungen habe es allein in den ersten beiden Tagen gegeben. Seit diesem Jahr organisiert der Verein auch Hausbesuche von Digitallotsen. Diese suchen dann ältere Menschen in ihren eigenen vier Wänden auf und beantworten direkt vor Ort Fragen zu Tablet & Co. Digitalisierung werde dabei nie als Selbstzweck verstanden, im Vordergrund stehe immer die Frage,



Alt und Jung erkunden miteinander die digitale Welt (Foto ambulante Versorgungsbrücken)

nach dem Nutzen für die älteren Menschen. „Zum Beispiel der Opa, der seinem Enkel dann per Skype eine Gutenacht-Geschichte vorlesen kann“, erzählt Frau Rütten.

Ein weiteres Projekt sind die Chancenpatenschaften „Alt & Jung“. Zunächst als Patenschaften für junge Geflüchtete eingeführt, wird jungen Menschen aus sozial benachteiligten Lebensumständen dabei eine erfahrene ältere Person als Pate oder Patin

vermittelt. Von dem Austausch profitieren dabei meist beide Seiten, sei es durch die gegenseitige Unterstützung im Alltag oder schlicht den direkten Austausch miteinander.

Ergänzt werden die Angebote u. a. noch durch das wöchentliche „Café WLAN“ und das Angebot „Digitale Vorsorge“ zur Regelung des digitalen Nachlasses – eine weitere Versorgungslücke, bei der der Verein Brücken baut.